

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Barbara Stamm

Abg. Kerstin Celina

Abg. Dr. Ute Eiling-Hütig

Abg. Kathrin Sonnenholzner

Abg. Dr. Karl Vetter

Staatsministerin Melanie Huml

Präsidentin Barbara Stamm: Ich rufe deshalb den **Tagesordnungspunkt 28** auf:

Antrag der Abgeordneten Ludwig Hartmann, Katharina Schulze, Kerstin Celina u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Geburtenrekord in Bayern: Förderprogramm für Hebammen schaffen!

(Drs. 17/15521)

Die Redezeit beträgt 24 Minuten. Ich darf bekannt geben, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, damit wir schön in der Übung bleiben, hierzu namentliche Abstimmung beantragt hat. –

(Volkmar Halbleib (SPD): Als krönender Abschluss!)

Jetzt darf ich Frau Kollegin Celina das Wort erteilen. Bitte schön.

Kerstin Celina (GRÜNE): Je später der Abend, desto schöner die Themen. – Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Wir verzeichnen in Bayern einen Geburtenrekord, und das ist schön. Allein in München wurden im Jahr 2016 über 900 Kinder mehr geboren als 2015; das sind fast 6 % mehr Geburten in einem Jahr. 900 Frauen zusätzlich alleine in München brauchen die Unterstützung einer Hebamme. 900 Frauen zusätzlich allein in München suchen eine Hebamme für die Wochenbettbetreuung, für Beleggeburten, für Geburten in Geburtshäusern und für Hausgeburten. 900 Frauen zusätzlich allein in München suchen eine Hebamme für die Schwangerenvorsorge. Während in München die Geburtenzahlen und die Bevölkerungszahl buchstäblich explodieren, während die Region boomt und junge Berufstätige zuziehen, die wahrscheinlich auch Familien gründen werden, macht die Staatsregierung die Augen zu und wartet, dass eine Studie im März nächsten Jahres Zahlen bringt, aufgrund derer man die prekäre Situation vielleicht noch besser beurteilen kann. Liebe Frau Ministerin, mir dauert das zu lang.

(Beifall bei den GRÜNEN – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Auch die Frauen und auch die Familien, die trotz intensiver Suche keine Hebamme finden, können und wollen nicht warten bis zum Jahr 2020 plus X; denn wenn erst im März 2018 Zahlen vorliegen und im Herbst 2018 der Landtag gewählt wird, werden Sie vor dem Jahr 2020 keinerlei Maßnahmen umsetzen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen und Frau Ministerin, wenn wir keinerlei Daten hätten, dann würde ich dieses langsame Vorgehen verstehen. Aber die steigenden Geburtenzahlen sind doch bekannt, und im Herbst letzten Jahres hat Ihre Kabinettskollegin Müller die gestiegenen Geburtenzahlen mit den Worten kommentiert: Bayern setzt die passenden Rahmenbedingungen. Aber genau das tut Bayern bei der Geburtshilfe eben nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

3,8 % mehr Geburten in Bayern in einem Jahr, das ist kein Pappentier.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

In manchen Regionen werden wesentlich mehr Kinder geboren, und es kommt nicht flächendeckend und überall, sondern in einzelnen Regionen zu einem tatsächlichen Mangel an Hebammen, der jetzt schon sehr differenziert in der Landkarte der Unterversorgung des Hebammenverbandes dokumentiert wird. Wenn nicht sehr bald auf aktuelle regionale Engpässe reagiert wird, wird sich das regionale Ungleichgewicht in der Geburtshilfe und bei der Versorgung von Hebammen noch verstärken.

Eines möchte ich Ihnen ganz deutlich sagen. Sie mögen als Gesundheitsministerin damit zufrieden sein, erst vor der nächsten Landtagswahl Zahlen zu bekommen, und Sie mögen als CSU-Fraktion damit zufrieden sein, in diesem Schnecken-tempo vorwärts zu kriechen, aber ich bin es nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir GRÜNE fordern Sie auf, endlich zu reagieren und die bekannten Zahlen und die Daten zur demografischen Entwicklung ernst zu nehmen. Wir haben in unserem Antrag klare Maßnahmen vorgeschlagen, die in Bayern und in den betroffenen Regionen wirken und die in den besonders betroffenen Arbeitsbereichen von Hebammen wirken. Wir schlagen Maßnahmen vor, die Sie alle ablehnen werden. Sie als Abgeordnete der CSU lehnen es ab, sich für attraktivere Lern- und Arbeitsbedingungen für Hebammen einzusetzen. Sie lehnen es ab, sich für die Prüfung von Stipendien und finanziellen Anreizen für herausragende Leistungen der Auszubildenden einzusetzen. Sie als Abgeordnete der CSU lehnen es ab, sich für die Prüfung preisgünstigerer Wohnmöglichkeiten für angehende oder zuziehende Hebammen in besonders teuren Regionen einzusetzen, und Sie als Abgeordnete der CSU lehnen es ab, sich für die Gründung von Hebammenpraxen einzusetzen. Sie haben darüber hinaus keine eigenen Vorschläge, sondern warten einfach ab.

Aber wir müssen jetzt ein klares Signal für Hebammen und für Familien setzen, ein klares Signal für eine flächendeckende Versorgung mit Hebammen, ein klares Signal für attraktive Lern- und Arbeitsbedingungen für Hebammen in all ihren Arbeitsfeldern, ein klares Signal für die Gründung von Hebammenpraxen, ein klares Signal für Hebammen in Bayern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich kann Sie nicht verstehen, und deswegen, liebe Kollegen und Kolleginnen, möchte ich heute mit Ihnen noch einmal darüber diskutieren, auch wenn es vielleicht schon spät ist. Aber für einen Sinneswandel ist es nie zu spät.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Für die CSU-Fraktion: Frau Kollegin Eiling-Hütig. Bitte schön, Frau Kollegin.

Dr. Ute Eiling-Hütig (CSU): Sehr verehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Vor gerade einmal drei Wochen haben wir uns in der Aktuellen Stunde erneut mit dem wichtigen Thema der Sicherstellung einer flächendeckenden Geburtshilfe in Bayern beschäftigt. Ich habe bereits damals darauf hingewiesen, dass laut bayerischem Gesundheitsministerium derzeit erfreulicherweise kein grundsätzlicher Mangel an Hebammen durch Zahlen belegbar ist, sondern die Zahl der Hebammen in den letzten Jahren sogar stetig zugenommen hat.

Deshalb habe ich mich jetzt auch sehr gewundert, dass die GRÜNEN in ihrem Antrag plötzlich fordern, ein Förderprogramm für Hebammen zu schaffen. Das gilt auch für die Ausbildung von Hebammen. Laut dem für die Berufsfachschulen zuständigen Staatsministerium für Bildung und Kultus gibt es an den Berufsfachschulen für Hebammen und Entbindungspfleger immer noch einen Bewerberüberhang, auch wenn die Bewerberzahlen insgesamt in den letzten Jahren leicht zurückgegangen sind.

Auch die Rahmenbedingungen für die Ausbildung selbst sind gut. So ist der Besuch einer Berufsfachschule für Hebammen und Entbindungspfleger in Bayern grundsätzlich schulgeldfrei, da die Schulen mit Hilfe der staatlichen Finanzierung und der Refinanzierungsmöglichkeit durch das Krankenhausfinanzierungsgesetz ausreichend finanziert werden. Die Auszubildenden erhalten eine Ausbildungsvergütung, zum Beispiel Auszubildende an der Staatlichen Berufsfachschule für Hebammen am Klinikum der Universität München im ersten Ausbildungsjahr 991 Euro, im zweiten Ausbildungsjahr 1.057 Euro und im dritten Ausbildungsjahr 1.163 Euro.

Diese guten Rahmenbedingungen sind ein Grund dafür, dass wir, wie gesagt, erfreulicherweise noch immer einen Überhang an Bewerberinnen haben. Daher gibt es aus unserer Sicht aktuell auch keinen Grund, darüber hinaus weitere finanzielle Anreize zu geben.

Auch die von den GRÜNEN in ihrem Antrag erhobene Forderung nach Niederlassungsanreizen ist nicht zielführend, da es für Hebammen keine Bedarfsplanung wie

für Ärzte gibt und die Niederlassung freiberuflicher Hebammen daher staatlicherseits nicht gesteuert werden kann. Zudem gibt es keinerlei Festlegung bzw. Definition, ob und ab wann eine Unterversorgung mit freiberuflichen Hebammen vorliegt. Daher liegen auch keine Erkenntnisse vor, ob eine gefühlte nicht ausreichende Versorgung durch einen Mangel an Hebammen oder durch geringe Arbeitszeiten und ein eingeschränktes Leistungsangebot verursacht wird.

Was die Forderung nach Unterstützung der Kliniken anbelangt, möchte ich betonen, dass es in deren ureigenstem Interesse liegt, als selbstständig tätige Wirtschaftsunternehmen im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten Anreize zu schaffen, zum Beispiel durch die im Antrag geforderten besseren Arbeitsbedingungen und sonstigen Unterstützungsmaßnahmen, um das erforderliche Personal zu gewinnen. Das sind aber klinikinterne Organisationsfragen, auf die das bayerische Staatsministerium keine Einflussmöglichkeiten hat.

Ich möchte auch noch gezielt darauf hinweisen, dass Wohnheime für das im Krankenhaus tätige Personal gemäß § 5 Absatz 1 Nummer 8 des Krankenhausfinanzierungsgesetzes zu den nicht förderfähigen Einrichtungen gehören. Wohnheime für Hebammen können daher nicht aus Mitteln der Krankenhausfinanzierung gefördert werden.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, wie ich ebenfalls bereits in der Aktuellen Stunde am 6. April erwähnt habe, sind auch die Arbeitszeit und das Leistungsangebot der freiberuflichen Hebammen in Bayern weder bekannt noch hat das Bayerische Gesundheitsministerium darauf Einfluss; denn Art und Umfang ihrer Berufstätigkeit liegen einzig und allein in der Entscheidung der freiberuflichen Hebammen. Daher ist es leider auch nicht bekannt – ich wiederhole mich –, ob die Ursachen für eine gegebenenfalls vorhandene regionale Unterversorgung in einem Mangel an Hebammen oder in einem geringeren Arbeitsumfang bzw. in geringeren Arbeitszeiten oder einem eingeschränkten Leistungsangebot zu suchen sind.

Aus diesem Grund ist am 20. März seitens des Bayerischen Staatsministeriums für Gesundheit eine Studie in Auftrag gegeben worden. Ziel dieser Studie ist es, erstmals Daten zur tatsächlichen Situation der Versorgung mit Hebammenhilfe in Bayern zu erheben. Neben dem Stand der Versorgung mit freiberuflichen Hebammen soll dabei auch der regionale Bedarf an Hebammen erhoben werden, da es sicherlich Unterschiede geben kann. Außerdem sollen auch die Familien befragt werden, wie sie die Hebammenversorgung in Bayern bewerten. Die Studie bindet dabei selbstverständlich auch die bayerischen Hebammenverbände ein, die bereits ihre Unterstützung zugesagt haben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, vor diesem Hintergrund, der auch den GRÜNEN spätestens seit dem 6. April bekannt sein dürfte, macht die Forderung nach einem Förderprogramm für Hebammen aktuell keinen Sinn. Das einzig sinnvolle Vorgehen ist jetzt, die Ergebnisse der Studie zur Hebammenversorgung abzuwarten, dann eingehend zu analysieren und schließlich die richtigen Schlüsse zu ziehen. Genauso werden wir von der CSU-Landtagsfraktion es auch machen; denn es ist uns außerordentlich wichtig, dass auch in Zukunft eine flächendeckende Versorgung aller Regionen in Bayern mit geburtshilflichen Leistungen sichergestellt ist.

Deshalb lehnen wir diesen Antrag ab.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Für die SPD-Fraktion: Frau Kollegin Sonnenholzner. Bitte schön, Frau Kollegin.

Kathrin Sonnenholzner (SPD): Frau Präsidentin, Kollegen und Kolleginnen! In einem Punkt kann ich mich der Antragstellerin anschließen: Mir dauert dies auch zu lange. Ich habe schon mehrfach gesagt, und ich wiederhole es auch jetzt: Von der Ankündigung der Ministerin, diese Studie in Auftrag zu geben, bis zur tatsächlichen Auftragserteilung ist viel Zeit vertan worden. Wir könnten schon deutlich weiter sein. Das ist auch an dieser Stelle zu kritisieren.

Richtig ist aber trotzdem, dass die Datenlage fehlt. Frau Kollegin Celina, auch durch Wiederholung werden Ihre Aussagen nicht richtiger. Derzeit fischen wir noch sehr im Trüben und wissen nicht, wie die Versorgung in den einzelnen Regionen tatsächlich ist. Deswegen stehen wir als SPD-Fraktion dazu, dass es richtig und wichtig ist, diese Studie in Auftrag zu geben und anhand der Ergebnisse zu passgenauen Lösungen zu kommen. Im Übrigen brauchen wir passgenaue Lösungen – auch das sei hier erwähnt – nicht nur, was die Hebammen angeht, sondern auch, was die Versorgung mit Gynäkologen und Gynäkologinnen angeht. Frau Kollegin Celina, heute haben Sie das weggelassen, aber im Ausschuss haben Sie fälschlicherweise das Beispiel der geschlossenen Geburtshilfestation in Bad Tölz erwähnt. In Bad Tölz waren es nicht die Hebammen, die gefehlt haben, sondern es waren die geburtshilflich tätigen Ärztinnen und Ärzte, was dazu geführt hat, dass die Station nicht mehr aufrechterhalten werden konnte.

Ich kann mich den Ausführungen meiner Vorrednerin von der CSU-Fraktion in vielen Bereichen anschließen und werde auch angesichts der vorgerückten Stunde um 22.45 Uhr nicht mehr alles wiederholen. An zwei Stellen muss ich Ihnen aber vehement widersprechen, Frau Kollegin Eiling-Hütig. Dass es an den bestehenden Schulen einen Bewerberüberhang gibt, heißt nicht zwangsläufig, dass wir genügend Hebammen haben, da dieser Überhang auch darauf zurückzuführen sein könnte, dass wir zu wenig Ausbildungsplätze haben. Aber auch das ist kein Grund für den Antrag der GRÜNEN, sondern ein weiterer Grund für die Studie; denn in ihr wird auch zu klären sein, ob das Angebot an Ausbildungsplätzen ausreichend ist oder nicht.

Sie sagen zwar richtigerweise, dass Wohnheime oder Wohnmöglichkeiten – Wohnheime klingt nämlich so, als würde im Jahr 2017 auch in Ballungsräumen, wo Wohnraum schwierig zu finden ist, niemand mehr in Wohnheimen wohnen wollen – nicht gefördert werden können. Das sollte uns im Gesundheitsausschuss vielleicht einmal beschäftigen. Wir waren ja schon bei den Krankenhausküchen dezidiert anderer Meinung. Fördertatbestände kann man auch ändern, wenn man das richtig findet. Aber auch hier

gilt: Wohnraum brauchen wir nicht nur für die Hebammen, sondern auch für anderes medizinisches Personal. Fragen Sie einmal hier im Klinikum rechts der Isar, wie es zum Beispiel um Kinderkrankenschwestern und OP-Schwestern bestellt ist. Auch da gibt es noch viel zu tun. Wir müssen um die richtigen Lösungen ringen.

In der Tat ist es aber tatsächlich so, dass dieser Antrag sehr schwammig und unpräzise formuliert ist; denn der Punkt Fördertatbestände für die Wohnheime ist eine Interpretation der CSU; er steht noch nicht einmal im Antrag.

Insgesamt ist dieser Antrag also erstens unpräzise, zweitens in den Forderungen nicht zielführend und drittens zum jetzigen Zeitpunkt auch aufgrund der mangelnden Datenlage und der Tatsache, dass wir die Daten in einem Jahr hoffentlich haben werden, abzulehnen. Das wird die SPD-Fraktion auch tun.

Wenn die Studie vorliegt, werden wir uns selbstverständlich rasch und intensiv mit ihr beschäftigen und die für uns richtigen Lösungen finden oder Konsequenzen daraus ziehen und diese dann im Rahmen parlamentarischer Initiativen in dieses Hohe Haus einbringen. Ich bin mir sicher, dass wir im Ausschuss noch den einen oder anderen Gesprächsstoff finden, bei dem wir nicht auf Einstimmigkeit stoßen.

Ich darf aber auch heute am Schluss noch eines sagen. Die Gestaltungsspielräume der Politik sind an dieser Stelle vergleichsweise gering. Auch diese Studie wird daran nichts ändern. Ich sage heute noch einmal – das bezieht sich sowohl auf das Thema Hebammen als auch auf andere Themen –: Wir sind gut beraten, den Menschen draußen nicht vorzuspiegeln, dass wir Dinge ändern könnten, für die wir nicht zuständig sind. Damit würden wir nur zur Politikverdrossenheit beitragen. Dazu bin ich nicht bereit, und ich wünsche mir, dass dies parteiübergreifend – ich beziehe mich auf die Parteien, die bisher in diesem Parlament vertreten sind – so gesehen wird. Wir sollten es jedenfalls nicht mehr so handhaben, wie es bisher an der einen oder anderen Stelle leider geschehen ist.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Für die Fraktion der FREIEN WÄHLER hat Herr Kollege Dr. Vetter das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Dr. Karl Vetter (FREIE WÄHLER): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich sehe, dass dieses Thema, wenn es nachts um elf behandelt wird, wesentlich mehr Anklang findet, als wenn es früh um neun auf der Tagesordnung steht; unsere Aktuelle Stunde zu diesem Thema vor knapp drei Wochen begann um 9.00 Uhr. Woran das wohl liegt?

(Harry Scheuenstuhl (SPD): An der Uhrzeit!)

– An der Uhrzeit? Natürlich.

(Volkmar Halbleib (SPD): Manche sind immer da!)

Vielleicht liegt es auch an der namentlichen Abstimmung, aber das kann ich gar nicht glauben.

Ja, wir haben wieder mehr Kinder. Kollegin Celina hat die Zahlen genannt; ich brauche sie nicht zu wiederholen. Es ist auch ein gesamtgesellschaftliches Anliegen, dass die Kinder anständig auf die Welt gebracht werden. Dazu braucht es Hebammen, auch solche, die in der Geburtshilfe tätig sind.

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, zu diesem Thema fand, wie gesagt, eine Aktuelle Stunde statt. Heute steht dieser hochgezogene Antrag auf der Tagesordnung. Auch im Ausschuss ist das Thema ein paar Mal Gegenstand der Beratung gewesen. Frau Vorsitzende, wenn ich es richtig weiß, stehen in zwei Wochen wiederum zwei entsprechende Anträge auf der Tagesordnung des Ausschusses.

Um es noch einmal festzuhalten: Hebammen sind unabdingbar für die Geburtshilfe bei uns in Deutschland.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Immer mehr Hebammen hören auf; viele haben schon aufgehört. Wie angesichts dessen SPD und CSU zu der Einschätzung kommen können, dass dies bei den Hebammen kein Thema sei, kann ich nicht verstehen; mir geht es insoweit ähnlich wie den Kollegen von den GRÜNEN. Sie brauchen nur an die Krankenhäuser zu gehen und sich mit Beleghebammen zu unterhalten, mit Hebammen, die täglich im Kreißsaal stehen. Ich habe, wie gesagt, kein Verständnis für diese Haltung von SPD und CSU.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zur aktuellen Situation: Die Verhandlungen zwischen Krankenkassen und Hebammen haben stattgefunden. Für den 19. Mai 2017 ist das Ende der Schlichtung geplant. Das Ergebnis sollten wir abwarten. Ich weiß noch nicht, was herauskommt.

Frau Ministerin, Sie haben sich – zumindest haben Sie es angekündigt – mit Briefen nochmals an die Verhandlungspartner gewandt. Dafür danke ich Ihnen.

Die SPD hat gesagt, es sei purer Populismus, wenn man sich um die Hebammen kümmere.

(Kathrin Sonnenholzner (SPD): Nein!)

Was ist noch gesagt worden? – Dies trage zur Verunsicherung der Patienten bei.

Ich glaube, die SPD verschläft wieder einmal ein Thema. Aber es ist halt so. Da kann ich euch nicht helfen, Kolleginnen und Kollegen.

(Widerspruch der Abgeordneten Kathrin Sonnenholzner (SPD))

Frau Kollegin Sonnenholzner, da Sie den Kopf schütteln, erinnere ich daran, dass vor einer Woche in Deggendorf eine große Hebammendemo stattfand. Ihre MdB, Frau Hagl-Kehl, sprach von einem "perfiden System", in dem die Hebammen arbeiten müssten. Das ist Ihre Parteifreundin, nicht eine der FREIEN WÄHLER; das nur nebenbei.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Zuruf des Abgeordneten Harry Scheuenstuhl (SPD))

Aus den genannten Gründen haben wir uns schon im Ausschuss für das Förderprogramm ausgesprochen. Wir müssen den Hebammen in Bayern noch einmal ein Signal geben, dass wir von der Politik etwas für sie tun. Wir können auch etwas für sie tun. Natürlich gibt es die Selbstverwaltung, keine Frage. Letztlich entscheiden Hebammen und Kassen. Aber wir können aus dem bayerischen Parlament ein Signal aussenden; das tun wir heute wieder. Wir stimmen dem Antrag der GRÜNEN auch deshalb zu, weil die Soforthilfe Signalwirkung haben könnte.

Auch wir FREIEN WÄHLER warten ab, welches Ergebnis am 19. Mai erzielt wird. Gegebenenfalls werden wir mit einem eigenen Förderantrag, der in eine ähnliche Richtung zielt, nachziehen. Das Thema ist jedenfalls zu ernst, als dass es mit Bemerkungen abgehandelt werden könnte wie: Ihr FREIEN WÄHLER regt euch wieder einmal über etwas auf, was kein Thema ist. – Fragen Sie die Hebammen draußen!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Für die Staatsregierung hat Frau Staatsministerin Huml um das Wort gebeten. Bitte schön, Frau Staatsministerin.

Staatsministerin Melanie Huml (Gesundheitsministerium): Werte Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben uns über das Thema Hebammen bereits am 6. April 2017 unterhalten. Daher darf ich auf viele Ausführungen von damals verweisen.

Die Behauptung, wir hätten in den vergangenen Jahren nichts für die Hebammen getan, kann ich auf keinen Fall stehen lassen. Im Gegenteil, bereits in den Koalitionsvertrag auf Bundesebene ist ein Passus aufgenommen worden, wonach eine Verbesserung der finanziellen Situation der Hebammen angestrebt wird. Das Thema Haftpflichtprämien erschien uns aus bayerischer Sicht am drängendsten. Daher haben wir

auch auf Bundesebene für Lösungen gearbeitet. Diese konnten wir finden. Das war ein wichtiger Schritt für die Hebammen in unserem Land.

(Beifall bei der CSU)

Ich bin mir dessen bewusst, dass es sehr wichtig ist dranzubleiben. Ich habe erst heute wieder Gespräche mit Hebammen geführt, in denen mir diese Notwendigkeit noch einmal deutlich geworden ist.

Auf Selbstverwaltungsebene finden die Verhandlungen statt; das ist schon erwähnt worden. Das Schiedsverfahren zwischen dem Spitzenverband der Krankenkassen und dem Deutschen Hebammenverband läuft. Das Ergebnis müssen wir abwarten.

Wir vom bayerischen Gesundheitsministerium haben uns erneut an die Verhandlungsparteien gewandt, um auf das besondere System der Beleghebammen in Bayern aufmerksam zu machen. Es ist durchaus eine Besonderheit, dass bei uns in Bayern viele geburtshilfliche Abteilungen der Kliniken mit Beleghebammen und Belegärzten arbeiten. Die Sensibilität dafür muss auch auf Bundesebene geweckt werden; in den Verhandlungen ist dies zu beachten. Daher sind wir von Bayern aus noch einmal aktiv geworden. Ich möchte unterstreichen, dass es unser Ziel ist, den Hebammen hier zu helfen.

(Beifall bei der CSU)

Es stellt sich auch die Frage: Was können und was wollen wir auf bayerischer Ebene – neben den Dingen, die wir auf Bundesebene angestoßen haben – noch tun?

Tatsache ist, dass die Zahl der Hebammen in den vergangenen Jahren eher gestiegen denn gesunken ist. Wir haben immer noch einen Überhang. Kollegin Ute Eiling-Hütig hat bereits erwähnt, wie viele junge Frauen zur Hebammenschule gehen wollen. Die Attraktivität des Berufes ist nach wie vor gegeben. Das ist zu begrüßen.

Allerdings sind viele Hebammen nicht mehr geburtshilflich tätig. Das mag an den Haftpflichtprämien liegen. Das mag daran liegen, dass die Hebammen Beruf und Familie besser miteinander vereinbaren können, wenn sie nicht geburtshilflich tätig sind.

Die Studie dient dazu herauszufinden, welche Hebammen bei uns in Bayern wo arbeiten, wie zufrieden die Familien sind und ob es in den Krankenhäusern gut funktioniert. Auf der Basis der Ergebnisse wollen wir auch in Bayern selbst reagieren. Ich halte dieses abgestimmte Vorgehen für richtig. Wir tun auch auf Bundesebene alles, was uns möglich ist, für die Hebammen. Vieles ist nun einmal bundesgesetzlich geregelt oder Gegenstand der Selbstverwaltung.

Bei den Verhandlungen, deren Ergebnis für den 19. Mai 2017 erwartet wird, sitzen wir von der politischen Ebene nicht am Tisch, sodass wir abwarten müssen. Sobald uns die Ergebnisse der Studie vorliegen, wissen wir, was wir konkret in Bayern tun können. Die beschriebene Schrittfolge halte ich für richtig; wir werden sie einhalten.

Ich unterstütze alle Bemühungen, um den Hebammen zu helfen. Einige von ihnen sind sicherlich auch jetzt, um 23.00 Uhr, im geburtshilflichen Bereich tätig. Auch wir im Landtag sind um diese Zeit gern gemeinsam tätig, wenn es um die Hebammen geht. Deren Arbeit ist sehr wichtig. Aber die richtige Schrittfolge ist einzuhalten.

(Beifall bei der CSU und Abgeordneten der GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Frau Staatsministerin. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache geschlossen.

Kolleginnen und Kollegen, wir haben noch zwei namentliche Abstimmungen durchzuführen. Die erste namentliche Abstimmung findet statt über den Antrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 17/15414 betreffend "Finanzierung und Ausbildung von Assistenzhunden". Die Urnen stehen bereit. Die Abstimmung ist eröffnet. Ich bitte, die Stimmkarten einzuwerfen. Fünf Minuten, bitte!

(Namentliche Abstimmung von 22.59 bis 23.04 Uhr)

Die fünf Minuten sind um. Die Abstimmung ist geschlossen. Ich bitte darum, die Stimmen draußen auszuzählen. Wir geben das Ergebnis noch bekannt.

Jetzt kommen wir zur namentlichen Abstimmung über den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 17/15521 betreffend "Geburtenrekord in Bayern: Förderprogramm für Hebammen schaffen!". Die Urnen stehen bereit. Ich bitte Sie, die Stimmkarten abzugeben. Ich eröffne die Abstimmung. Sie haben drei Minuten Zeit.

(Namentliche Abstimmung von 23.04 bis 23.07 Uhr)

Die drei Minuten sind um. Ich schließe die Abstimmung. Ich bitte darum, die Stimmen draußen auszuzählen.

Kolleginnen und Kollegen, Tagesordnungspunkt 29 ist noch offen. Das ist der Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf der Drucksache 17/15522 betreffend "Förderung von Blühweidenutzung in Streuobstwiesen". Dieser Antrag wurde im Einvernehmen aller Fraktionen von der heutigen Tagesordnung abgesetzt.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das blüht uns noch!)

Jetzt warten wir noch die Ergebnisse der beiden namentlichen Abstimmungen ab. Wir bedanken uns ausdrücklich bei denjenigen, die noch hier sind. – Ich darf die beiden Ergebnisse bekannt geben. Ich gebe zunächst das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Antrag der Abgeordneten Waldmann, Rauscher, Deckwerth und anderer (SPD) betreffend "Finanzierung und Ausbildung von Assistenzhunden", Drucksache 17/15414, bekannt. Mit Ja haben gestimmt 52 Abgeordnete, mit Nein 71 Abgeordnete, es gab 1 Stimmenthaltung. Damit ist der Antrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 8)

Dann komme ich zum Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Antrag der Abgeordneten Hartmann, Schulze, Celina und anderer und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) betreffend "Geburtenrekord in Bayern: Förderprogramm für Hebam-

men schaffen!", Drucksache 17/15521. Mit Ja haben 24 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 96 Abgeordnete, es gab 2 Enthaltungen. Damit ist dieser Antrag auch abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 9)

Damit, liebe Kolleginnen und Kollegen, schließe ich die Sitzung für heute, wünsche noch einen schönen Restabend und bedanke mich bei allen, die heute so lange für uns gearbeitet haben, ganz, ganz herzlich dafür, dass sie uns wieder begleitet haben.

(Allgemeiner Beifall – Schluss: 23.13 Uhr)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 25.04.2017 zu Tagesordnungspunkt 28: Antrag der Abgeordneten Ludwig Hartmann, Katharina Schulze, Kerstin Celina u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Geburtenrekord in Bayern: Förderprogramm für Hebammen schaffen! (Drucksache 17/15521)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus		X		Gerlach Judith		X	
Aigner Ilse				Gibis Max		X	
Aiwanger Hubert				Glauber Thorsten			
Arnold Horst				Dr. Goppel Thomas		X	
Aures Inge		X		Gote Ulrike	X		
Bachhuber Martin				Gottstein Eva			
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter	X			Güll Martin		X	
Bauer Volker		X		Güller Harald		X	
Baumgärtner Jürgen		X		Guttenberger Petra		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried		X		Haderthauer Christine			
Bause Margarete				Häusler Johann	X		
Beißwenger Eric		X		Halbleib Volkmar		X	
Dr. Bernhard Otmar		X		Hanisch Joachim	X		
Biedefeld Susann				Hartmann Ludwig			
Blume Markus				Heckner Ingrid		X	
Bocklet Reinhold		X		Heike Jürgen W.		X	
Brannekämper Robert		X		Herold Hans		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X		Dr. Herrmann Florian			
von Brunn Florian		X		Herrmann Joachim			
Brunner Helmut				Dr. Herz Leopold	X		
Celina Kerstin	X			Hiersemann Alexandra			
Deckwerth Ilona		X		Hintersberger Johannes		X	
Dettenhöfer Petra		X		Hölzl Florian		X	
Dorow Alex				Hofmann Michael			
Dünkel Norbert				Holetschek Klaus		X	
Dr. Dürr Sepp				Dr. Hopp Gerhard		X	
Eck Gerhard				Huber Erwin		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute		X		Dr. Huber Marcel			
Eisenreich Georg				Dr. Huber Martin		X	
Fackler Wolfgang		X		Huber Thomas		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen	X			Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Fehlner Martina				Huml Melanie		X	
Felbinger Günther	X			Imhof Hermann		X	
Flierl Alexander		X		Jörg Oliver		X	
Freller Karl		X		Kamm Christine	X		
Füracker Albert				Kaniber Michaela		X	
Ganserer Markus	X			Karl Annette		X	
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul		X		Kirchner Sandro		X	
Gehring Thomas	X			Knoblauch Günther			
				König Alexander		X	
				Kohnen Natascha			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzle Bernd			
Dr. Kränzlein Herbert			
Kraus Nikolaus			
Kreitmair Anton			
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich	X		
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas			
Dr. Magerl Christian			
Dr. Merk Beate			
Meyer Peter	X		
Mistol Jürgen	X		
Müller Emilia			
Müller Ruth		X	
Mütze Thomas			
Muthmann Alexander	X		
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena	X		
Petersen Kathi		X	
Pfaffmann Hans-Ulrich			
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard	X		
Pschierer Franz Josef			
Dr. Rabenstein Christoph		X	
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris		X	
Dr. Reichhart Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus		X	
Ritt Hans		X	
Ritter Florian		X	
Roos Bernhard		X	
Rosenthal Georg			
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich			
Rüth Berthold		X	
Sauter Alfred		X	
Schalk Andreas			
Scharf Ulrike			
Scheuenstuhl Harry		X	
Schindler Franz		X	
Schmidt Gabi			
Schmitt-Bussinger Helga		X	
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin			
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan		X	
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl			X
Sengl Gisela			
Sibler Bernd			
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin		X	
Dr. Spaenle Ludwig			
Stachowitz Diana			
Stamm Barbara			X
Stamm Claudia	X		
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl			
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold		X	
Ströbel Jürgen		X	
Dr. Strohmayr Simone		X	
Stümpfig Martin			
Tasdelen Arif			
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Untertländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl	X		
Vogel Steffen		X	
Waldmann Ruth		X	
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika			
Dr. Wengert Paul			
Werner-Muggendorfer Johanna			
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta			
Wild Margit		X	
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert		X	
Zacharias Isabell		X	
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno			
	X		
Gesamtsumme	24	96	2